
NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 6

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

am 10.03.2008

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Jens Hebebrand
Wolfgang Kerak
Hans-Jörg Piasecki
Theodor Rieke
Detlef Schwerdt
Heinz Steffen
Walter Teumert
Martin Wiggermann
Wolfgang Barrenbrügge
Jörg-Uwe Ebner
Wilhelm Jasperneite
Helmut Krause
Hanne-Luise Schacht
Ursula Sopora
Herbert Goldmann
Andrea Hosang
Ursula Lindstedt
Leo Klempert
Rotraud Niemann

Mitglieder ohne Stimmberechtigung

Udo Gabriel

Von der Verwaltung:

Herr Kreisdirektor Stratmann, Dez. I
Herr Appel, L FD 10
Frau Rauert, L PK
Herr Vertgewall, Schriftführer

Gäste- und Zuhörer/innen:

Herr Erdmann, Geschäftsführer
der SPD-Kreistagsfraktion
Herr Wette, Geschäftsführer
der FDP-Kreistagsfraktion

Herr Barrenbrügge begrüßt die anwesenden Damen und Herren und gratuliert Herrn Krause im Namen des Ausschusses nachträglich zu dessen Geburtstag. Im Anschluss eröffnet er die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

206-1/07

- Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2008
- Haushaltssicherungskonzept für den Finanzplanungszeitraum 2008 bis 2011

Punkt 2

207/07

Beteiligungsbericht 2007

Punkt 3

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

206-1/07

- Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2008
- Haushaltssicherungskonzept für den Finanzplanungszeitraum 2008 bis 2011

Erörterung

Nach einer kurzen Einleitung von Herrn Barrenbrügge stellt Herr Kreisdirektor Stratmann die Sitzungsvorlage Nr. 206-1/07 vor und weist auf die seit Einbringung des Haushaltes eingetretenen Veränderungen hin.

Zwischenzeitlich sei es gelungen, und dieses werde auch durch die vorliegende Ergänzungsvorlage

dokumentiert, den mit der Absenkung des Bundeszuschusses verbundenen Fehlbetrag bei den Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft zu kompensieren. Wesentlich hierzu beigetragen hätten Einmaleffekte bei der Verlustabdeckung für die VKU sowie für die WFG. Darüber hinaus seien Zinsen periodisch neu zugeordnet worden und durch die anstehende Dividendenausschüttung der sich noch im Besitz des Kreises befindlichen RWE-Aktien sei eine weitere Verbesserung zu erwarten und eingeplant worden. Die Aufstellung des Haushaltes 2008 sei gerade auch aufgrund der zu treffenden Altdefizitregelung ein Kraftakt sondergleichen gewesen, so der Kämmerer weiter. Festhalten werde man an der Absenkung der allgemeinen Kreisumlage um 2,5 Punkte auf 44,0 v. H. Nicht verkennen dürfe man zudem die mit der Umsetzung des Investitionsprogramms verbundene Verbesserung der Infrastruktur im Kreis Unna. Hierfür sei in den kommenden drei Jahren ein Gesamtbetrag von 38 Mio. Euro vorgesehen.

Auf Nachfrage von Herrn Gabriel teilt Herr Kreisdirektor Stratmann mit, dass bislang keine Einwände der Kommunen eingegangen seien und man damit aufgrund der bisherigen Resonanzen auch nicht rechnen müsse. Darüber hinaus hätten die Städte und Gemeinde signalisiert, die ausstehenden Beträge noch in diesem Jahr in einer Summe überweisen zu wollen.

Herr Jasperneite erklärt mit Hinweis auf die Diskussion um den Verkauf der RWE-Aktien, dass er hierzu eigentlich mit mehr Wortmeldungen gerechnet habe. Es sei derzeit eine Situation gegeben, die insgesamt in der Darstellung als sehr unbefriedigend zu bewerten sei. Die CDU-Fraktion habe in der vergangenen Zeit in den verschiedensten Gremien über dieses Thema diskutiert und sich die nun gefasste Entscheidung sicherlich nicht leicht gemacht. Der Aktienverkauf sei in der Form im September 2007 erstmalig beschlossen worden. Zu diesem Zeitpunkt habe der Aktienkurs bei etwa 77 Euro gelegen. Aufgrund des Widerspruchs des Landrates sei das Verfahren dann ausgesetzt gewesen. Bei der zweiten Beschlussfassung im Oktober des vergangenen Jahres sei ein Kurswert von rd. 80 Euro zu verzeichnen gewesen. Von den drei Fraktionen (CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP) sei in dem dazugehörigen Antrag unter Berücksichtigung ergebnisoptimierter Gesichtspunkte eine Verkaufszeit bis zum 11.03.2008 vorgegeben worden. Im Anschluss habe zunächst die Wartefrist berücksichtigt werden müssen, bevor dann im Dezember detaillierte Gespräche mit der Sparkasse Unna sowie der Deutschen Bank stattfanden. Hier sei angeregt worden, einen Durchschnittsverkaufserlös von rd. 91 Euro anzustreben und die Aktien in mehreren Tranchen zu verkaufen. Zwischen dem 18.12.2007 und dem 20.01.2008 habe der Kurs der RWE-Aktien durchgängig deutlich über 94 € gelegen. Verkauft habe man in dem Zeitraum etwa die Hälfte des Aktienpaketes. Bedingt durch den Einbruch an den Börsen sei man sich nun in der Situation, dass man die möglicherweise erwünschten Erlöse nicht realisieren könne und sich der aktuelle Kurswert gerade einmal etwas über dem in der Bilanz eingestellten Buchwert von 75 Euro bewege. Sollte der Aktienkurs unter den Buchwert fallen, seien gegebenenfalls sogar Nachbilanzierungsprobleme zu befürchten. Zu beachten sei zudem, dass RWE ein großes Rückkaufprogramm im Umfang von etwa 2,5 Milliarden Euro gestartet und derzeit gar kein Interesse an einem steigenden Aktienkurs habe. Da momentan kein höherer Erlös zu erwarten sei, habe man innerhalb der CDU-Fraktion beschlossen, dass die Aktien entsprechend des bereits gefassten Kreistagsbeschlusses – also spätestens bis zum 11.03.2008 - zu verkaufen seien. Momentan sei ein Durchschnittsverkaufserlös von knapp 88 Euro zu erzielen. Dieses seien 10 Prozent bzw. 8 Euro mehr als zum Zeitpunkt der Beschlussfassung im Oktober.

Man könne, so Herr Steffen, durchaus Zweifel an den soeben gehörten Ausführungen von Herrn Jasperneite haben. Der Markt sei nun einmal nicht RWE-gehörig und das Unternehmen entscheide nicht alleine über die Entwicklungen der Aktie. Gemeinsam mit den Städte und Gemeinden im Kreis Unna habe man hinsichtlich der Altdefizitregelung Vereinbarungen getroffen, die eng in Verbindung zu den Aktienerlösen stünden. Die Aktie jetzt unterwertig zu verkaufen sei aus Sicht der SPD-Fraktion gegenüber den Kommunen nicht zu rechtfertigen und daher werde man eine solche Absicht nicht mittragen. Grundsätzlich sei man nicht - wie im Beschlussvorschlag unter Ziffer 3 formuliert – auf den 30.06.2008 als Zeitpunkt fixiert. Vielmehr könne ein Beschlussvorschlag auch lauten, die Aktien bei einem Kurswert von 86 Euro sofort zu verkaufen. Dadurch biete sich die Möglichkeit, zumindest für die Kommunen das Beste heraus zu holen. Mit einem solchen Konsens könnte man sich dann auch als SPD-Fraktion einverstanden erklären.

Herr Goldmann erklärt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass die bisherige Diskussion zeige, wie schwierig für alle Beteiligten die Auseinandersetzung mit dieser Materie sei. Vieles, was Herr Jasperneite umfassend ausgeführt habe, sei nachvollziehbar und schlüssig. Das Problem liege darin, dass keiner abschätzen könne, wie sich die Situation an der Börse weiter entwickeln werde. Auch die beteiligten Bankenvertreter hätten die jetzige Situation nicht verhindern können. Er habe heute, wohlwissend, dass es sich auch dabei um Einzelmeinungen handele, noch einmal mit Vertretern von zwei verschiedenen Bankinstituten gesprochen. Beide gingen zwar von steigenden Kurswerten der RWE-Aktie aus, hielten aber eher einen Wert von etwa 83 Euro bis zum Ende des Jahres für realistisch. Die mit RWE verbundenen Wirtschaftsdaten seien alleine gesehen durchaus erfolgversprechend. Die weltweiten Aktienmärkte seien derzeit jedoch alles andere als gefestigt. Natürlich habe man, wie wahrscheinlich alle anderen Fraktionen auch, die Hoffnung, dass die Kurse wieder steigen. Auch habe er in der letzten Sitzung des Ältestenrates als Kompromissvorschlag ein Halten der Aktien bis zur Dividendenausschüttung in den Raum gestellt. Auch unter Abwägung aller Faktoren sei es nicht einfach, eine klare und eindeutige Entscheidung zu treffen und es stelle sich durchaus die Frage, wo die Mehrheit im morgigen Kreistag liege. Insofern wünsche er sich, so Herr Goldmann weiter, die Zeit bis zur morgigen Sitzung noch einmal zu nutzen, um einen eventuellen Konsens auszuloten. Klar sei jedoch, dass es bei der aktuellen Beschlusslage bleibe, soweit keine einheitliche Position gefunden werden könne.

Herr Kreisdirektor Stratmann weist im Anschluss noch einmal auf den von Herrn Senkel in der Sitzung des Ältestenrates geäußerten Vorschlag hin, der nicht auf einen Zeitfaktor, sondern auf den Kurswert (86 Euro) abgezielt habe. Diesen Vorschlag halte er für eine gute Lösung. Das Potential der Aktie liege, so auch die vielfach geäußerte Ansicht verschiedener Analysten, bei über 90 Euro. Vielleicht könne man sich ja noch auf die vorgenannte Verfahrensweise einigen. Bei einer Umsetzung der aktuellen Beschlusslage stelle die dann fehlende Dividende ein Problem dar, da diese bereits in den Haushalt einberechnet worden sei. In knapp einem Monat finde die Hauptversammlung statt. Auch wenn er selber in seinen Äußerungen sehr vorsichtig sei, so Herr Kreisdirektor Stratmann, halte er das Risiko für vertretbar, zumindest bis dahin abzuwarten.

Er wolle zu Bedenken geben, so Herr Barrenbrügge, dass der Aktienmarkt sehr anfällig und von vielen Komponenten abhängig sei. Insofern könne man sich auch nicht uneingeschränkt auf die Ansicht der Analysten verlassen.

Auf die Nachfrage von Herrn Krause, was denn passiere, wenn die Aktie den Kurs von 86 Euro bis zum Ende des Jahres gar nicht erreichen würde, geht Herr Appel näher ein. Eine formelle Umstellung habe bislang noch nicht stattgefunden. Diese stehe erst zum 01.01.2009 an und derzeit arbeite man auf diesen Termin hin. Bislang habe man versucht sich vorzustellen, welche Faktoren für die Umstellung relevant seien. Entsprechend habe man gerechnet und kalkuliert. So sei angenommen worden, dass die Aktien für einen Durchschnittswert von 91 Euro veräußert würden. Wenn man diesen Wert nicht erreiche, ergebe sich in der zum 01.01.2009 aufzustellenden Bilanz entgegen der bisherigen Berechnungen ein Loch, welches es dann auszugleichen gelte.

Im Anschluss an die rege Diskussion über den Zeitpunkt des Aktienverkaufs einigen sich die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen darauf, die Haushaltsvorlage unter Hinweis auf die morgige Kreistagssitzung zunächst zur Kenntnis zu nehmen. Herr Steffen mahnt abschließend an, eine mögliche Auseinandersetzung nicht im Kreistag zu führen, sondern die Positionen und Ansichten im Kreisausschuss darzulegen.

Punkt 2

207/07

Beteiligungsbericht 2007

Erörterung

Herr Barrenbrügge weist einleitend darauf hin, dass der Beteiligungsbericht bekanntlich bereits im Januar auf der Tagesordnung von Kreisausschuss und Kreistag gestanden habe und im Detail nun im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen vorgestellt werden solle.

Der Beteiligungsbericht wird anschließend ausführlich von Herrn Appel anhand einer Präsentation (**als Anlage 1 beigelegt**) dargestellt.

Der Ausschuss nimmt den Beteiligungsbericht zur Kenntnis.

Punkt 3

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Nächste Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Herr Kreisdirektor Stratmann teilt mit, dass die kommende Sitzung des Ausschusses am 02.06.2008 in den Räumlichkeiten der Sparkasse Unna stattfinden werde und man in dem Zusammenhang auch das neue Sparkassengesetz diskutieren wolle.

Weitere Mitteilungen der Verwaltung oder Anfragen ergeben sich nicht.

Ende der Sitzung 16.55 Uhr

Anlage

1. Präsentation zum Beteiligungsbericht 2007

Barrenbrügge

Vorsitzender

Vertgewall

Schriftführer